

Pressespiegel 1990 – 1994

Der Neue Tag vom 05.06.1992

Asylbewerber müssen arbeiten

Massive Schelte von Schröpf an Weidener Anwaltskanzlei

Weiden. (ef) Noch im Frühjahr will OB Hans Schröpf rund 80 Asylbewerber, die nicht arbeiten („aber könnten“) zu monatlich 80 Stunden Pflichtarbeit „einladen“, zum Stundenlohn von 2,50 1Vlark. Beim Politischen Aschermittwoch der CSU widmete Schröpf dem Thema Asyl breiten Raum. Die freie Zuwanderung sei nicht mehr länger vertretbar, 95 Prozent kämen als reine Wirtschaftsasylanten. Sie kosteten der Stadt jährlich 1,5 Millionen Mark. Der OB zeigte sich froh, daß das Problem für den Stadtteil Lerchenfeld mit dem Abbruch des alten AW-Mädchenwohnheims noch heuer gelöst werde. Die Unterbringung von 60 Asylbewerbern in Rothenstadt wertete er als „Jubiläumsgeschenk des renommierten Weidener Bürgers Dr. Hauck.

Heftige Kritik übte Schröpf an der Anwaltskanzlei Dr. Schulze und Partner. „Geld stinkt nicht. Damit werden Geschäfte gemacht“, meinte er im Zusammenhang mit dem Fall Mehmet Hancer („Mitleidsgenosse“), der von der Stadt abgeschoben werden sollte. Die Kanzlei hatte dies in letzter Minute verhindert. Schröpf zählte die zwei Vorstrafen des Türken wegen illegalen Glückspiels und Unterhaltspflichtverletzung auf. „Wer das Gastrecht mit Füßen tritt, schürt Vorurteile. Gäste sollten sich anständig verhalten. „Wenn nicht -dann we“ Schröpf drohte der Kanzlei mit „standesrechtlichen Folgen“.

Thema Müll: Der OB will sich mit dem Dualen System Deutschland (DSD) zusammenschließen. Dies entlaste die Stadt um 0,5 Millionen Mark. Wegen der immensen Kosten für eine „harmlose kleine Reststoffdeponie“ plädierte Schröpf für eine gemeinsame Lösung mit dem Landkreis Neustadt/WN: „Es ist mir gleich, ob in Kalkhäusl oder in Troschlhammer.“ Es gäbe aber auch Ansätze für eine wirtschaftlich interessante „Regionallösung“.

Thema Fachhochschule: Schröpf kanzelte das „Rechnen mit Quadratmeterzahlen“ als „kleinkrämerisch“ ab. Die Größe der FH sei genau der „Maßanzug für die Stadt“. „Die Idee katapultiert sich selber.“ Der Preis sei es wert, dem Freistaat die Grundstücke kostenlos zur Verfügung zu stellen. Bei der Einweihung der Berufsschule am 31.März will der OB dem Innenminister persönlich seinen Dank aussprechen.

Der Neue Tag vom 10.03.1992

Der Leser schreibt:

„Mit Aschermittwoch nichts zu tun“

Zu den Ausführungen von OB Hans Schröpf beim politischen Aschermittwoch der CSU zur Asylproblematik bezieht Ex-Stadtrat Jost Hess (GUL) nachfolgend Stellung:

„Was kann man von einem (Kommunal-)Politiker erwarten? Aufgeschlossenheit für die Menschheits-probleme - vom Ozonloch über die ansteigende Rüstungsspirale bis zur Weltflüchtlingsproblema-tik -, dies war noch nie die Stärke des OB. Doch was OB Schröpf beim diesjährigen Aschermitt-wochs-Draufhauen geboten - hat war ob der Schlichtheit wohl kaum mehr zu überbieten. In offensichtlicher Absprache legten CSU-Redner von Passau bis Weiden die verbale Lunte wieder einmal an die Asylproblematik. Immer wieder hat-te ich im Stadtrat versucht, die tatsächlichen Asyl-verhältnisse bewußt zu machen - wie man sieht, leider vergebens für „rechte Ohren“.

Immer wieder die Mär von den „95 Prozent rei-nen Wirtschaftsasylanten“: tatsächlich wurden in den letzten Jahren zwölf bis 16 Prozent nach Durchlaufen der Instanzen rechtskräftig anerkannt und weitere 50 bis 60 Prozent erhielten aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention eine Duldung oder Bleiberecht. Zieht man dann noch die sonsti-gen Fälle ab (z. B. Weiterwanderung oder Heirat), bleiben weniger als 20 Prozent Flüchtlinge übrig, die sich zu Unrecht auf unser Asylrecht bezogen.

„Freie Zuwanderung“ ist das nächste Stichwort: eine freie Zuwanderung gibt es trotz Art. 16 Grund-gesetz schon lange nicht mehr. Gerade für die Län-der, aus denen Flüchtlinge mit hohen Anerken-nungschancen kamen, wurde die Visumspflicht eingeführt, (ein glatter Verstoß gegen Art. 31 der Genfer Flüchtlingskonvention), und die Botschaf-ten wurden angewiesen, dieses nur noch äußerst restriktiv zu erteilen; und Fluggesellschaften wer-den bestraft, wenn sie Menschen ohne Visum in die BRD bringen!

Zu den „Kosten“: Die Stadt kosten die Flüchtlin-ge nichts - alles wird durch den Staat übernommen! Hinzugefügt werden muß hier, daß ohne die Zahlung der ausländischen Arbeitnehmer - also auch der Asylbewerber - die Rentenvesicherung im Jahre 2015 zahlungsunfähig wäre (Untersu-chung des Arbeitgeberverbandes). Und arbeiten wollen fast alle Asylbewerber - nur sind es alle keine Tschechen! Abschließend noch eine Bemerkung zu dem seltsamen Rechtsverständnis dieses OB: Wenn ein Gericht die Abschiebung eines türki-schen Gastarbeiters als gesetzwidrig bezeichnet und verhindert, dann offenbart der Machtpolitiker Schröpf sein Verfassungs- und Rechtsverständnis, wenn er der vertretenden Anwaltskanzlei droht. Das hat nichts mehr mit Aschermittwoch zu tun.
Jost Hess - Hohenstaufenstraße 99, 8480 Weiden

Anzeige im Der Neue Tag vom Dezember 1992

Für Menschenwürde - gegen Fremdenfeindlichkeit

Wir sind entsetzt, daß Menschen in unserem Land bedroht, verfolgt, tötlich angegriffen werden, weil sie Ausländer sind oder weil sie eine andere Hautfarbe haben.

Wir verurteilen, daß Fremdenhaß und Gewaltanwendung von Teilen der Bevölkerung hingenommen oder sogar mit Beifall bedacht werden. „Deutschland den Deutschen“ weisen wir zurück. ,

Wir dürfen nicht zulassen, daß Deutsche ihre Wut wieder an Unschuldigen austoben und Ausländer für Mängel, soziale Not und ungelöste Konflikte in unserer Gesellschaft verantwortlich machen.

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich der Kette aus Vorurteilen, Verleumdung und Gewalt entgegenzustellen. Faschistisches Gedankengut darf nicht wieder deutsche Politik bestimmen,

Wir erwarten, daß sich unsere Gesellschaft endlich der Realität wachsender Flüchtlingsströme stellt und wir alle Verantwortung für einen menschlichen Umgang miteinander übernehmen. ,

Wir fordern Politikerinnen und Politiker auf, das Grundrecht auf Asyl als kostbares Gut aus den Erfahrungen der deutschen Nazizeit zu bewahren, der Genfer Flüchtlingskonvention im Rahmen des Art. 16 Grundgesetz endlich Geltung zu verschaffen und die Rechtsweggarantie des Art. 19 Grundgesetz zu erhalten.

Wir wissen, daß nur etwa 2% der weltweit flüchtenden Menschen die Bundesrepublik erreichen. Sie kommen aus Kriegs- und Krisengebieten, aus Unterdrücker- und Folterstaaten, auch aus Gründen der Umweltzerstörung und absoluter Armut - unsere jeweilige Rechtslage hat mit ihrer Flucht nicht das Geringste zu tun. Wir fordern endlich eine vorausschauende Außenpolitik, die zur Vermeidung bzw. Behebung der Fluchtursachen beiträgt.

Wir wissen, daß niedrige Anerkennungszahlen kein Indiz für den Mißbrauch des Asylrechts darstellen, da z. B. Folter oder Todesstrafe bei uns keine Gründe mehr sind, Asyl zu erhalten. Und fast 60 % der Flüchtlinge dürfen nach der Genfer Konvention zu Recht bei uns bleiben.

Wir wissen auch, daß schon das gegenwärtige Ausländerrecht Möglichkeiten zur problemlosen Aufnahme von Kriegsflüchtlingen bietet - unsere Behörden diese armen Menschen aber dennoch ins (aussichtslose) Asylverfahren treiben.

Unsere freiheitliche; demokratische Gesellschaft lebt vom offenen Austausch mit Menschen anderer Kulturen. Unterstützen Sie alle Anstrengungen zur Verständigung. Fremde brauchen Freunde. Wir auch!,

Dieser Aufruf wird getragen von: Arbeitskreis Asyl, Weiden ~ Evang. Jugend im Dekanat Weiden ~ Frauenzentrum Weiden ~ Arzteinitia Uve Weiden (IPPNW) ~ GEW Weiden-Neu-stadt-Tirschenreuth ~ BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt WN e. V. ~ Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken, Ortsverband Weiden ~ Stadtjugendring Weiden " Dritte-Welt-Laden, Weiden ~ OJA Postgewerkschaftsjugend ~ DIE GRÜNEN, KV Neustadt ~ DIE GRÜNEN, Weiden ~ Jusos, Weiden ~ IG Bau-Steine-Erden, Bezirksverband Am-Berg-Weiden ~ FIAN Weiden ~ amnesty international, Weiden ~ Einmaus Weiden e. V. ~ terre des hommes, Weiden ~ Gesellschaft für bedrohte Völker, Weiden ~ Inge Grawe, Gerald Schneider, Katrin Grawe, Detlev Schneider, Gottfried Lindner, Dr. Bernhard Hartwig, Gabriele Hartwig, Heinrich Rehbach, Viola Rehbach-Schreyer, Wolfgang Schreyer, Irene Kassubek, Alwine Beck,

Dorina Gilardone, Klaus Dachquer, Georg Singer, Agnes Singer, Stefan Bauer, Piroschka Csoknyay, Peter Laszlo, Gunter Baldauf, Willi Mengen; Alexan-ys der Pausch, Ursula Haubrich, Dr. H.-H. Sechs, Josef Kuhland Günter Forster, Günther Kallinünzer Dr. Gerald Henkel, Ruth Henkel, Dr. Christoph Schreins, Dr. Heidi Nickt, Rolf -- Nickt, Johann Hess, Barbara Sauer-Hess, Eva Petzold, Ingrid Maczulaitis, Luise Nomayo, Burkhard Röhlinger, Dr. Josef Kirschner, Hella Kirschner, Ruth Dandorfer, Mdl Werner-Schieden, Klaus Falk, Dr. Hubert Braun, Dr. Claudia Winkler-Braun, Heide Wolfram, Anna gegler, Dr. med. G. Opel, Sandra Lehnen, Herbert Schmid, Bärbel Wiehle, Jessica Oestreicher, Annette Kübler, Thorsten Schneider, Barbara Pühl, Susanne Häring, Joachim Wiehle, Thomas Seheiner, Otto Fuhrmann, Dr. Ernst Oestreicher, Margrit Schneider, Wilfried Sehneider, Heinz Jung, Klaus Luther, Heidi Reichet, Sabine Bergler, Ulrike Fröhlich, Karlheinz Rothballer, Ewald Zenger, Sonja Pausch, Jost Hess, Ursula Hess, Harald Wolfrath, MdB Ludwig Stiegler, Karl-Heinz Strobl, Franz Hammer, Veit Wagner, Sybille Wagner, Peter Weiß, Martina Kayser, Gerhard Lochmüller, Wolfgang Herzen Evelyn Herzfer, Franz Ippisch, Helga Wiesbeck, Roben Völkl, Nahnette Schrenk, Uta Lockt, Pfarrer Andreas Schlagenhauer, Brigitte Schnappauf, Ulrich Skriebeleit, Bärbel Skriebeleit, Annemarie Dürckheim, Hubmus Dürckheim, H. Leonhard, Konrad Merk, Elisabeth Merk, Tanja Fischer, Dr. Andreas Nehring, Brigitte Hese, Karlheinz Winter, Bruno Schuwirth, Marianne Schuwirth, Dr. Eifriede Jahn, Elmar Linsmeier, Torsten Hess, Familie G. Mattausch, Wernes Stamm, Ursula Sommer, Helmut Steinen, Markus Meckl, Pfarrer Jürgen Rix, Hans-Georg Aigner, Roswitha Aigner, Achim Höfen, Stephan Skriebeleit, Anton Kuhn, Marie-Luise Kuhn, Magdalena Keilhauer, Friedrich Wöfl, Margret-Rose Pyka

„Art.1 Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Wenn Sie uns auch mit einer Spende unterstützen wollen, so bitten wir um Überweisung auf das Konto des AK Asyl, Stadtparkasse Weiden, Nr. 461772 (Stichwort: Anzeige).

V.i.S.d.P.: AK Asyl, 8480 Weiden, c/o J. Hess, Hohenstaufenstraße 99

terre des hommes und Arbeitskreis Asyl

Der Neue Tag vom 23.02.1993

Für mehr Menschlichkeit

Weiden. (rg) Ausgerechnet der Staat, der ihr mit seiner Asylpolitik viel Arbeit und auch Kummer bereitet, wollte sie auszeichnen. Ursula Hess überlegte lange, ob sie die Bundesverdienstmedaille annehmen sollte. Am Ende hat sie es doch getan. "Wenn diese Ehrung mein Eintreten für die demokratische Ordnung unterstreicht, wenn man damit mein humanes Engagement würdigt, dann freue ich mich darüber", sagte sie am Mittwoch bei der Feierstunde im Neuen Rathaus. "Die Ehrung ist genauso gemeint, wie Sie es sehen", bestätigte Bürgermeister Günter Zwack. Er überreichte ihr neben der Medaille auch eine Spende der Stadt für die von Ursula Hess geleitete Hausaufgabenhilfe für Flüchtlingskinder.

Zwack beschrieb die Jubilarin als "herausragenden Leuchtturm der Nächstenliebe". "Mit größtem Respekt" sprach er von ihren Leistungen. Unentgeltlich hatte Ursula Hess den vom Arbeitskreis Asyl und "terre des hommes" betriebenen Kindergarten für Kinder von Asylbewerbern unter ihre Fittiche genommen. Mit durchschnittlich 40 Jungen und Mädchen arbeitet sie jetzt, ebenfalls ehrenamtlich bei der Hausaufgabenhilfe. "Neben hohen finanziellen Anstrengungen opfert sie ihre Freizeit fast ausnahmslos Asylbewerbern und ihren Kindern", sagte der Bürgermeister. 16 Monate lang habe sie sogar eine achtköpfige Flüchtlingsfamilie in ihrem Haus aufgenommen.

Bewundernswert sei, wie Ursula Hess die Arbeit verkrafte. Eine Arbeit, die "nicht frei von Kritik, Rückschlägen und Enttäuschungen" sei, meinte Zwack. Dafür sprach er der Geehrten "ein herzliches Vergelt's Gott aus; "Dankeschön kann man da gar nicht sagen - es wäre zu wenig." Der Bürgermeister drückte ihr seine Hochachtung aus, daß sie die Ehrung schließlich doch angenommen hat. Ihr Zögern habe er verstanden.

Die "Abschreckungspolitik" gegen Asylbewerber kritisierte Ursula Hess in einer kurzen Ansprache. Der Verlust von Arbeit und Bindungen, der Schulwechsel von Kindern der Flüchtlinge spielten für die Verantwortlichen keine Rolle. Stattdessen würden Asylbewerber "wie Verbrecher behandelt, nur weil sie in einem demokratischen Land Zuflucht suchen". Große Familien bringe die Regierung der Oberpfalz in winzigen Räumen unter. Diese Politik könne die Probleme nicht lösen: "Die Fluchtursachen wie Krieg und Bürgerkrieg lassen sich nicht durch Abschreckung abschaffen."

Veit Wagner hatte die Auszeichnung angeregt. Er freute sich am Mittwoch, daß die Einrichtung damit quasi anerkannt sei. Das Wissen darüber, daß es Menschen wie Ursula Hess gebe, solle jetzt aber niemanden dazu verleiten, sich zurückzulehnen. Vielmehr solle man dem Beispiel der Jubilarin folgen.

Neben Bürgermeister Zwack und Veit Wagner zählten das Pflegekind von Ursula Hess, Mitarbeiter, Bekannte und Freunde sowie Stadtrat Wolfgang Herzer zu den ersten Gratulanten.